

PSYCHISCHE GESUNDHEIT UNTER DRUCK

Versorgungsengpässe
in Oberösterreich schnell beheben!

Stand: Dezember 2022



Andrea Heimberger, MSc
AK-DIREKTORIN

Andreas Stangl
AK-PRÄSIDENT

PSYCHISCHE GESUNDHEIT DARF KEINE FRAGE DES WOHNORTES ODER DES GELDES SEIN!

Bereits vor der Corona-Pandemie hat die Zahl der Krankenstände wegen psychischer Erkrankungen massiv zugenommen. Gemeinsam mit anderen Krisen verschärfte Corona die Situation in den letzten Jahren zusätzlich. Depression, Schlafstörungen, Ängste, Suchtkrankheiten und Perspektivenlosigkeit haben erschütternde Ausmaße in der Bevölkerung angenommen – auch bei sehr jungen Menschen. Existenzängste und finanzielle Sorgen durch die höchste Inflation seit 70 Jahren, stellen die Menschen vor große Herausforderungen.

Um genaue Zahlen und Fakten zu haben, hat die Arbeiterkammer Oberösterreich beim Meinungsforschungsinstitut SORA im Frühjahr 2022 eine umfassende Studie in Auftrag gegeben, die die drängendsten Handlungsfelder im Bereich der psychosozialen Situation in Oberösterreich aufzeigt. Die Ergebnisse verdeutlichen auch, dass bereits bestehende Ungleichheiten verstärkt wurden, denn das untere ökonomische Drittel ist von den psychosozialen und finanziellen Folgen insgesamt am stärksten betroffen.

Trotzdem wurden die Kapazitäten bei der psychosozialen Versorgung in Oberösterreich nicht ausreichend ausgebaut. Sie verringerten sich in manchen Bereichen sogar, zum Beispiel aufgrund von Personalausfällen. Die dramatische Folge: lange Wartezeiten auf eine Psychotherapie bzw. gar keine Hilfe, weil diese nicht erreichbar oder für immer mehr Menschen nicht finanzierbar ist.

Für die Arbeiterkammer Oberösterreich steht fest, dass es dringend einen schnellen Ausbau von niederschweligen, gut erreichbaren und kostenlosen Unterstützungsangeboten braucht. Die Behandlung psychischer Erkrankungen sollte, wie jene bei körperlichen Beschwerden, zeitnah über die E-Card zur Verfügung stehen. Zusätzlich sehen wir das Land OÖ in der Verantwortung, in Angebote im Sozialbereich als erste Anlaufstelle zu investieren. Damit sollen schlimmere Krankheitsverläufe durch präventive Arbeit hintan gehalten werden.

Zudem zeigt sich, dass ein starker Sozialstaat das beste Schutzschild gegen psychische Probleme ist. Armutsfeste Sozialleistungen gegen finanzielle Sorgen und eine gut ausgebaute Kinderbetreuung, die Beruf und Familie gut miteinander vereinbaren lässt, sind das Gebot der Stunde!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A Heimberger'.

Andrea Heimberger, MSc
AK-Direktorin

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A Stangl'.

Andreas Stangl
AK-Präsident



INHALT

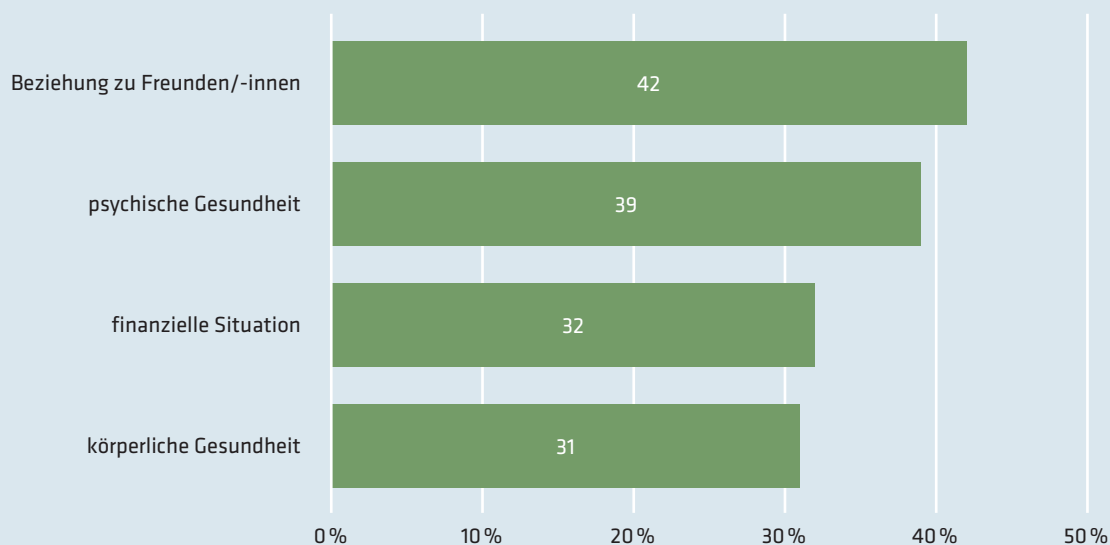
| | |
|--|----|
| Die psychosoziale Situation in Oberösterreich | 4 |
| Fast die Hälfte der Oberösterreicher/-innen braucht Unterstützung | 6 |
| Psychosoziale Versorgung in Oberösterreich – zu teuer, zu unbekannt, zu weit weg | 7 |
| Massiver Einbruch der psychischen Gesundheit bei jungen Menschen | 9 |
| Hoher Bedarf an psychischer Unterstützung unter Jugendlichen | 11 |
| Erwerbstätige in Oberösterreich unter Druck | 12 |
| Eltern im Hamsterrad zwischen Arbeit und Kinderbetreuung | 13 |
| 158.000 Erwerbstätige brauchen mehr Unterstützung | 14 |
| Menschen mit geringen Einkommen sind besonders betroffen | 14 |
| Politikversagen bei Schutz vor finanziellen und gesundheitlichen Auswirkungen | 15 |
| Mehr Unterstützung von Menschen mit geringem Einkommen dringend notwendig | 16 |
| Politik ist bei Ausbau von kostenloser, psychosozialer Versorgung säumig | 17 |
| Lösungsansätze der Arbeiterkammer | 18 |

DIE PSYCHOSOZIALE SITUATION IN OBERÖSTERREICH

Die aktuellen Ergebnisse der Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“ durch das SORA – Institute for Social Research and Consulting im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich über die psychosoziale Gesundheit der Oberösterreicher/-innen sind alarmierend. Zum Zeitpunkt der Durchführung der Umfrage im März 2022 befand sich Oberösterreich bereits in einer Phase der Lockerung, dennoch zeigen die Daten, dass sich

die psychische Gesundheit der Oberösterreicher/-innen deutlich verschlechtert hat – in Summe bei 39 Prozent der Befragten. Besonders betroffen sind die jungen Menschen in Ausbildung (16 bis 25 Jahre) mit 54 Prozent und die Arbeitnehmer/-innen mit 43 Prozent. Ebenfalls verschlechtert haben sich bei vielen Oberösterreichern/-innen die Beziehung zu Freunden/-innen (42 Prozent), die finanzielle Situation (32 Prozent) und die körperliche Gesundheit (31 Prozent).

INFOLGE DER PANDEMIE VERSCHLECHTERT

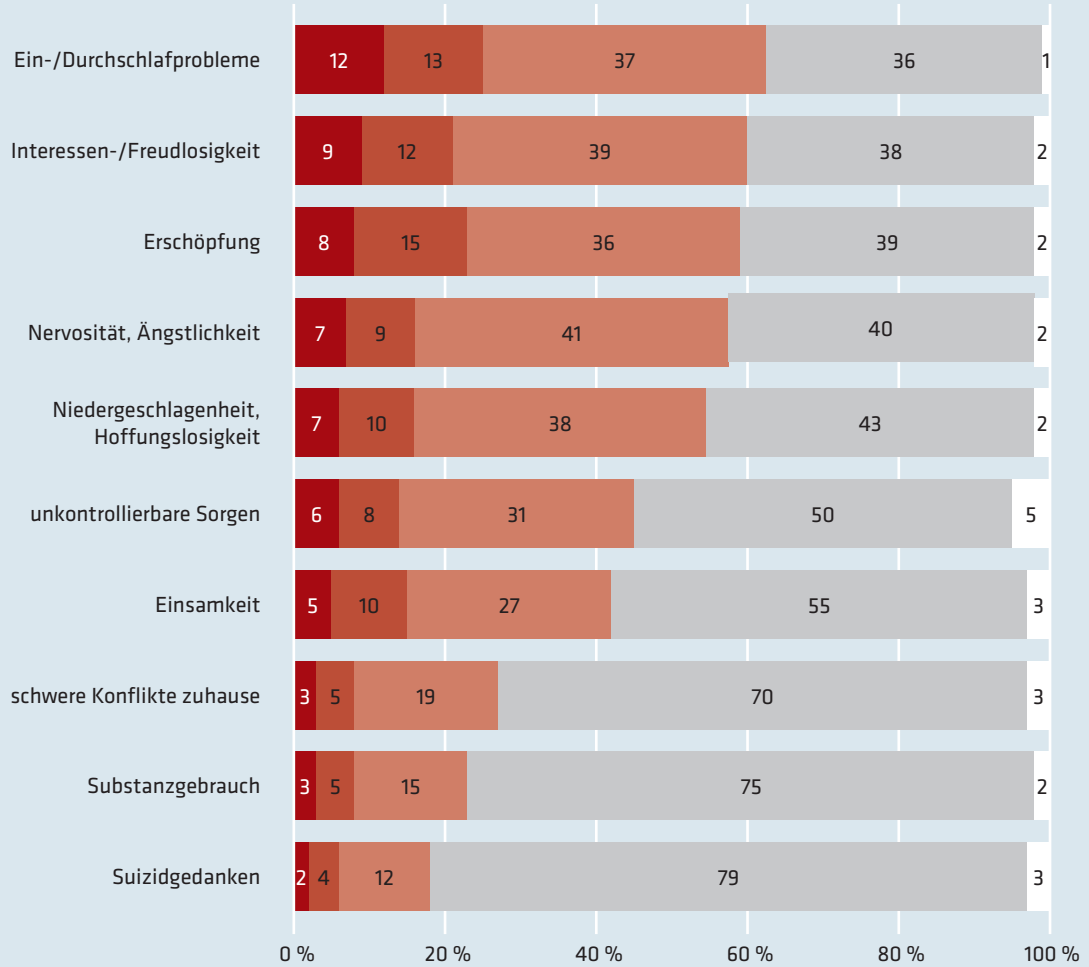


AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

Schlafstörungen, depressive Symptome und Erschöpfung sind bei Menschen in Oberösterreich besonders verbreitet. Ein großer Teil der Oberösterreicher/-innen war in den vergangenen Wochen vor der Umfrage zumindest an einzelnen Tagen von Ein- und Durchschlafproblemen (62 Prozent), Interessen- oder Freudlosigkeit (60 Prozent) sowie Erschöpfung (59 Prozent) geplagt. Etwas weniger Oberösterreicher/-innen, aber im-

mer noch beachtlich viele, waren mit Ängstlichkeit oder Nervosität (57 Prozent), Niedergeschlagenheit oder Hoffnungslosigkeit (55 Prozent) und unkontrollierbaren Sorgen (45 Prozent) konfrontiert. Eine dauerhafte Belastung mit diesen Symptomen kann unter Umständen zu Suizidgedanken führen. Besonders besorgniserregend ist, dass rund ein Fünftel der Oberösterreicher/-innen (18 Prozent) von solchen Gedanken berichtet.

BEEINTRÄCHTIGUNG DURCH SPEZIFISCHE SYMPTOME



➔ an fast jedem Tag
 ➔ an mehr als der Hälfte der Tage
 ➔ an einzelnen Tagen
 ➔ nie
 ➔ weiß nicht/k. A.

AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022.
 Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

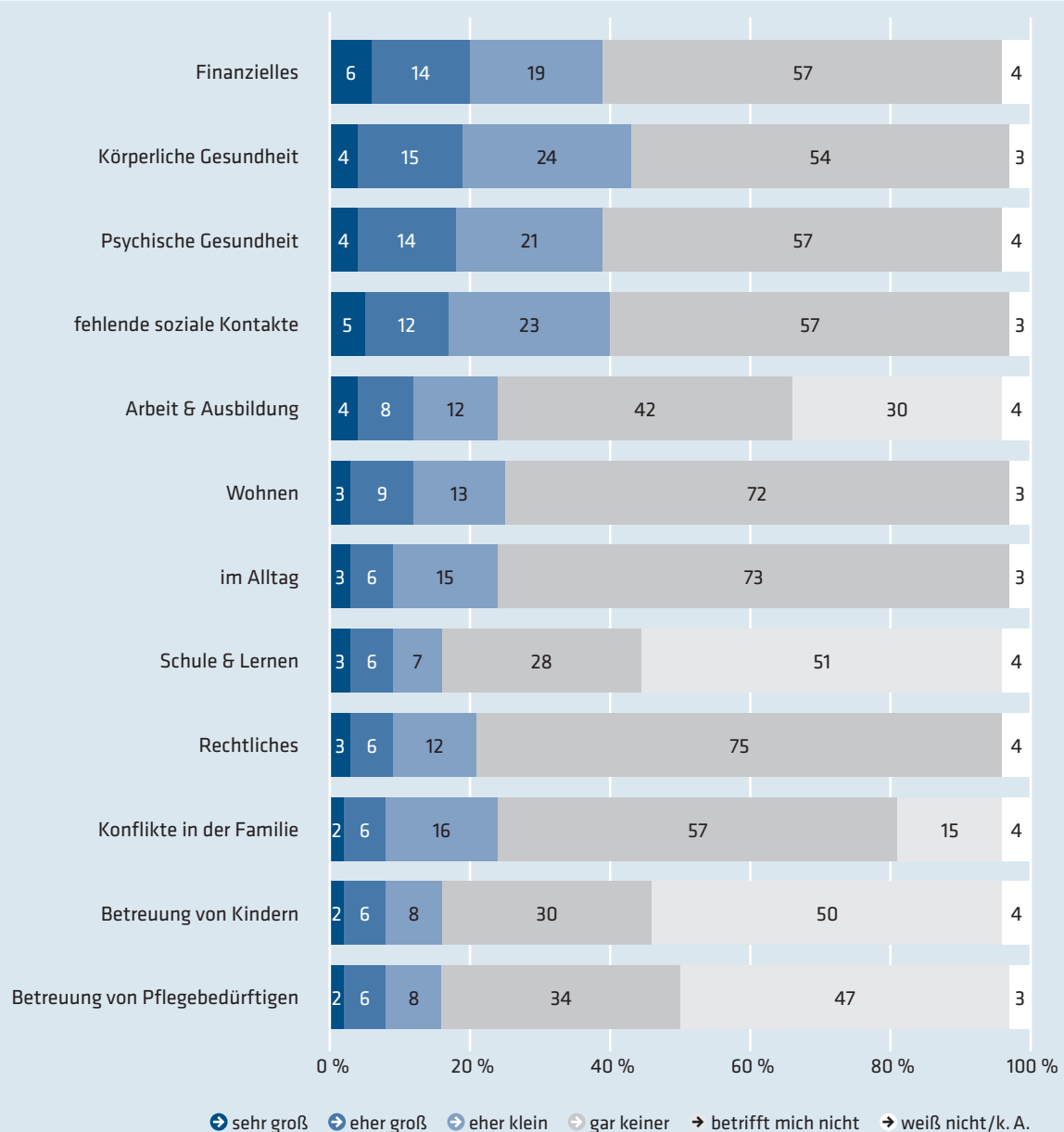


FAST DIE HÄLFTE DER OBERÖSTERREICHER/ -INNEN BRAUCHT UNTERSTÜTZUNG

Beinahe die Hälfte (45 Prozent) der befragten Oberösterreicher/-innen gaben an, zumindest in einem der zwölf erhobenen Lebensbereiche Unterstützung und Hilfe zu benötigen. Die meisten berichten von Unterstützungs-

bedarf bei finanziellen Belangen (20 Prozent). Nicht weit davon entfernt ist bereits der Bedarf bei körperlicher (19 Prozent) und psychischer Gesundheit (18 Prozent).

BEDARF AN UNTERSTÜTZUNG BEI DEN OBERÖSTERREICHERN/-INNEN



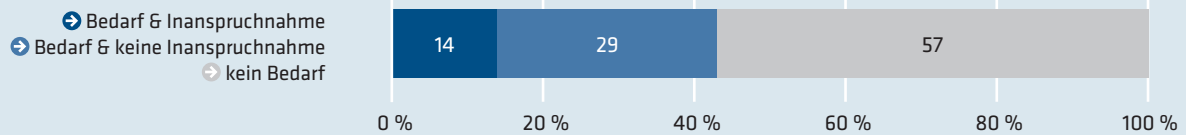
AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

PSYCHOSOZIALE VERSORGUNG IN OBERÖSTERREICH – ZU TEUER, ZU UNBEKANNT, ZU WEIT WEG

In den vergangenen zwei Pandemie Jahren hätten 43 Prozent der befragten Oberösterreicher/-innen Unterstützung von außerhalb ihres sozialen Netzes gebraucht. Tatsächlich in

Anspruch genommen hat sie nur jede/-r Dritte mit Unterstützungsbedarf. Für einen großen Teil der Menschen mit Bedarf bleibt die notwendige Hilfe in Oberösterreich aber aus.

UNTERSTÜTZUNG VON AUSSEN – BEDARF UND INANSPRUCHNAHME IN DEN VERGANGENEN ZWEI JAHREN

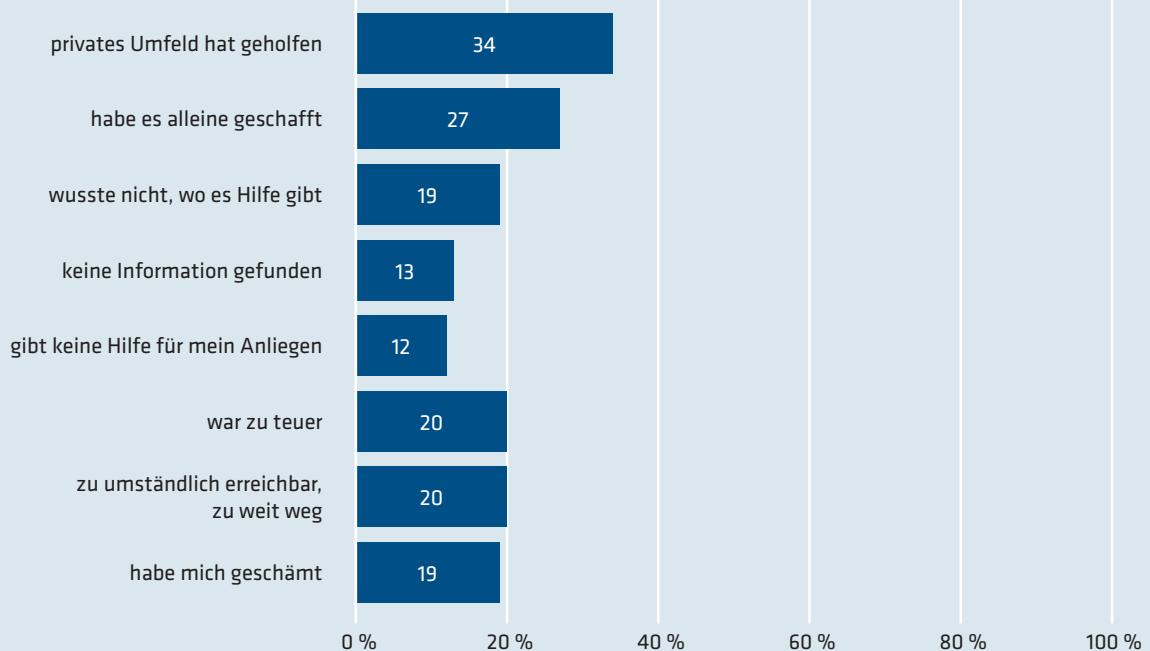


AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

Für beinahe die Hälfte der Menschen mit Unterstützungsbedarf (44 Prozent) – rund 160.000 Oberösterreicher/-innen – stellt fehlende Information über Unterstützungsmöglichkeiten das größte Hindernis dar. Die meisten davon wissen schlichtweg nicht,

wo sie entsprechende Hilfe finden können (19 Prozent). Andere haben trotz Suche keine Informationen über Hilfsangebote gefunden (13 Prozent) oder sind zum Schluss gekommen, dass für ihr Anliegen keine Hilfe existiert (12 Prozent).

URSACHEN FÜR NICHT-INANSPRUCHNAHME VON UNTERSTÜTZUNG



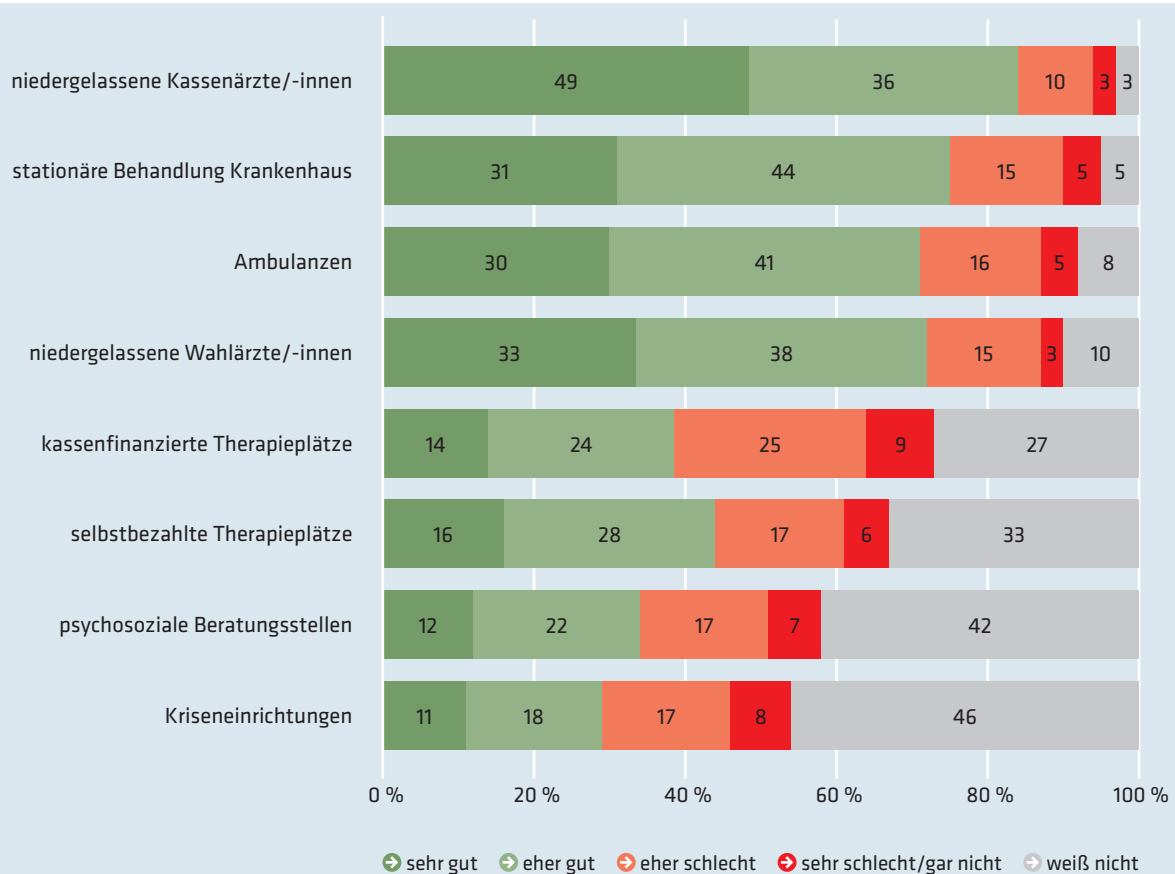
AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

Andere Barrieren lassen sich finanziellen, regionalen und gesellschaftlichen Problemen zuordnen. Ein Fünftel der Oberösterreicher/-innen mit Unterstützungsbedarf konnte sich das bestehende Angebot einfach nicht leisten. Rund 72.500 Oberösterreicher/-innen bleiben demnach aufgrund ihrer finanziellen Situation ohne Hilfe zurück. Für ebenso viele Menschen mit Unterstützungsbedarf waren die bestehenden Angebote zu weit weg oder nur auf zu umständlichem Weg erreichbar. Ein Fünftel der Menschen mit Unterstützungsbedarf hat sich geschämt, Hilfe zu suchen und anzunehmen.

Gleichzeitig fällt auf, dass es bei der Erreichbarkeit von Unterstützungsangeboten bei psychischen Leiden großen Nachholbedarf gibt. Auf der einen Seite ist der Zugang zu

Hilfe bei körperlichen Beschwerden in Form von Kassenärzten/-innen, Krankenhaus und Ambulanzen gut erreichbar. Auf der anderen Seite berichtet ein Drittel (34 Prozent) der Oberösterreicher/-innen von einer schlechten Erreichbarkeit kassenfinanzierter Psychotherapieplätze. Besser erreichbar sind für Menschen in Oberösterreich eigenfinanzierte Therapieplätze, die sich allerdings nicht alle Gruppen leisten können. Speziell junge Menschen in Ausbildung oder Personen des unteren ökonomischen Drittels verfügen gerade in Zeiten der Teuerung nicht über die notwendigen finanziellen Mittel. Dieses Faktum widerspricht den Grundsätzen eines solidarischen, für alle gleich zugänglichen, Gesundheitssystems – Verbesserungen müssen hier dringend angegangen werden.

ERREICHBARKEIT VON UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTEN



AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

Zu betonen ist hier vor allem das Fehlen grundlegender Informationen über Unterstützungsangebote bezüglich psychischer Gesundheit. Mehr als ein Viertel der Menschen in Oberösterreich (27 Prozent) kann nicht sagen, wo die nächstgelegenen kassenfinanzierten Therapieplätze zu finden sind. Noch geringeres Wissen herrscht über psychosoziale Beratungsstellen in Oberösterreich (42 Prozent). Damit ist auffällig, dass eine transparente Kommunikation bezüglich des bestehenden Angebots und eine einfache Erreichbarkeit ein schwerwiegendes Hindernis darstellt. Denn weitaus bekannter sind die Angebote und Anlaufstellen bei körperlichen Beschwerden. In diesem Zusammenhang wissen lediglich drei Prozent bei Kassenärzten/-innen und 10 Prozent bei

Wahlärzten/-innen nicht über das nächstgelegene Angebot Bescheid.

Die Erreichbarkeit ist auch eine Frage des Wohnorts – hier ergibt sich ein klares Stadt-Land-Gefälle: 39 Prozent der Menschen in urbanen Regionen erreichen psychosoziale Beratungsstellen sehr oder eher gut, in ländlichen Regionen trifft das nur auf 26 Prozent der Menschen zu. Auch kassenfinanzierte Therapieplätze sind für 42 Prozent der Oberösterreicher/-innen in urbanen Regionen sehr oder eher gut zu erreichen, jedoch nur für 33 Prozent in ländlichen Regionen. Die Erreichbarkeit von psychosozialen Unterstützungsangeboten ist in Linz und Umgebung am besten, während sie im Hausruck- und Innviertel am wenigsten gegeben ist.

MASSIVER EINBRUCH DER PSYCHISCHEN GESUNDHEIT BEI JUNGEN MENSCHEN

Besonders stark betroffen ist die Gruppe der jungen Oberösterreicher/-innen im Alter von 16 bis 25 Jahren. Die Zeit während der Pandemie war geprägt von Homeschooling, dem Verzicht auf soziale Kontakte und der gemeinsamen Zeit mit den Eltern, die in diesem Alter nicht immer konfliktfrei abläuft. Die Möglichkeiten „in die Welt hinauszugehen“ und das Kennenlernen der eigenen Identität, des eigenen Platzes in der Gesellschaft und der eigenen Unabhängigkeit wurden nahezu unmöglich gemacht, während die hohen Leistungsforderungen in Schule und Ausbildung weiter geblieben sind. Mehr als die Hälfte (54 Prozent) berichtet, dass sich ihre psychische Gesundheit während der Pandemie verschlechtert hat. Zwei Drittel der Jugendlichen waren demnach stark von Prüfungs- und Leistungsdruck betroffen und fühlten sich in dieser Zeit von öffentlichen Einrichtungen, insbesondere den Schulen, im Stich gelassen. Die Betroffenen Jugendlichen berichten dazu in der Studie: „Mehr Verständnis von den Lehrern hätte ich mir gewünscht“; andere wünschten sich „weniger

Prüfungen online“ oder „nicht so viel Druck von der Schule“.

„Mehr Verständnis von den Lehrern hätte ich mir gewünscht.“

(befragte/-r Schüler/-in)

Auch die fehlenden sozialen Kontakte mit Kollegen/-innen haben mehr als die Hälfte der jungen Menschen in Ausbildung belastet. Gebraucht hätten sie hier in erster Linie „Austausch mit anderen, um ein Gefühl der Gemeinsamkeit zu haben“. Rund 70 Prozent litten an zumindest einzelnen Tagen an Hoffnungslosigkeit, unkontrollierbaren Sorgen und Einsamkeit. Ebenso viele machen sich Sorgen um ihre Zukunft – sie haben Angst, im Rahmen ihrer Ausbildung so viel versäumt zu haben, dass sie den Anschluss an das

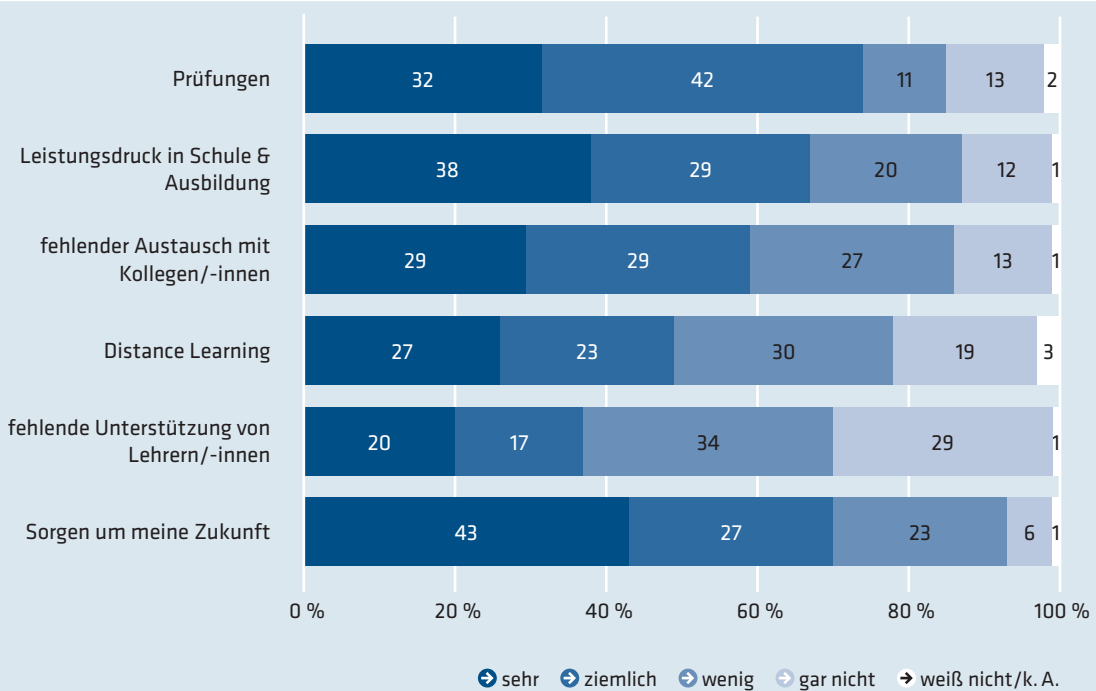
Leben nachhaltig verloren haben. Die Generation, die unsere Zukunft voller Zuversicht gestalten soll, hat demnach zum überwiegenden Teil den Glauben daran verloren. Und dabei kommen die jungen Menschen nicht aus dem „Krisen-Modus“ heraus: Die Klimakrise und der Krieg in der Ukraine samt seinen wirtschaftlichen Folgen sind auch hier in Österreich spürbar. Viele erleben zudem die Probleme ihrer Eltern mit: 54 Prozent berichten von schweren Konflikten zuhause.

Für die Lehrlinge war der Anschluss und das Lernen im Betrieb gerade in Zeiten der Lockdowns und temporärer Betriebsschließungen eine besondere Herausforderung. Viele von ihnen haben nicht verstanden, warum politi-

sche Entscheidungsträger/-innen gerade auf sie als „Fachkräfte von morgen“ komplett vergessen haben. Neun von zehn aller befragten Jugendlichen sahen ihre Bedürfnisse nicht ausreichend in den Covid-Maßnahmen berücksichtigt.

„Auf uns Lehrlinge wurde überhaupt nicht geachtet. Dass wir auch unter den Maßnahmen leiden, war allen egal.“
(befragter Lehrling)

SPEZIFISCHE BELASTUNGEN DER JUNGEN MENSCHEN IN AUSBILDUNG



AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

Die traurige Spitze des Eisbergs ist das Ergebnis, dass 35 Prozent der jungen Menschen in Ausbildung Suizidgedanken an zumindest

einzelnen Tagen in den Wochen vor der Befragung hatten.

HOHER BEDARF AN PSYCHISCHER UNTERSTÜTZUNG UNTER JUGENDLICHEN

Deutlich wird durch die genannten Erkenntnisse eine überdurchschnittliche psychosoziale Belastung bei Jugendlichen, weit höher als bei anderen Gruppen. Folglich berichteten 78 Prozent der jungen Menschen in Oberösterreich, Unterstützung in mindestens einem Lebensbereich zu benötigen.

Mehr als die Hälfte der jungen Befragten (54 Prozent) berichteten von Bedarf an Unterstützung im Bereich Arbeit und Bildung, 41 Prozent in Bezug auf ihre psychische Gesundheit. Mit Blick auf die psychische Gesundheit sind dies derzeit rund 29.500 junge Menschen in Oberösterreich, die sehr oder eher großen Bedarf an Unterstützung und Hilfe haben. Unter den Jugendlichen haben 39 Prozent die Hilfe nicht in Anspruch genommen bzw. hatten nicht die Chance dazu.

Das Vorhaben scheitert vorrangig an fehlenden Informationen oder zu hohen Kosten.

Auffällig ist, dass die jungen Oberösterreicher/-innen seltener über vorhandene Unterstützungsangebote Bescheid wissen als die anderen Bevölkerungsgruppen. Bei einem Viertel der Jugendlichen hat sich die finanzielle Situation verschlechtert, hinzu kommt nun noch die Teuerungswelle in allen Bereichen des Alltags.

Die Sonderauswertung des Arbeitsklima-Index im September 2022 zur Situation junger Beschäftigter unter 25 Jahren zeigt, dass sich die Situation in den letzten Monaten, geprägt von multiplen Krisen, weiter zugespitzt hat: Acht von zehn haben psychischen Stress, sieben von zehn zeigen Anzeichen von Resignation und Burnout.

„Die Schule sollte psychologische Hilfe anbieten, dann muss nicht jeder einzeln danach suchen.“

(Studienteilnehmer/-in)

„Ich brauche finanzielle Hilfe – meine Eltern haben ihre Arbeit verloren und können mich nicht unterstützen.“

(Studienteilnehmer/-in)

„Wo finde ich einen Psychologen?“

(Studienteilnehmer/-in)

„Mit jemand reden, der sich mit sowas auskennt – aber das kostet zu viel.“

(Studienteilnehmer/-in)

ERWERBSTÄTIGE IN OBERÖSTERREICH UNTER DRUCK

Der enorme Leistungsdruck ist auch unter den Arbeitnehmern/-innen zu spüren. Unter zunehmendem Leistungsdruck zu leiden, berichten neun von zehn Arbeitnehmern/-innen (93 Prozent).

Gleichzeitig hat sich insbesondere in administrativen Berufen Homeoffice etabliert und sich zu einem relevanten Bestandteil in der Arbeitswelt entwickelt. Das hat Licht- und Schattenseiten: Einerseits wird Homeoffice

als Schutzmaßnahme gegen Ansteckung und als Möglichkeit zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben bzw. Betreuungspflichten geschätzt, andererseits trägt es auch zum Verschwimmen von Arbeits- und Freizeit bei. Das Thema Entgrenzung betrifft folglich 88 Prozent der Befragten und auch das Arbeiten früh morgens oder spät abends gehört immer öfter zum beruflichen Alltag; 77 Prozent berichten davon. Ein Drittel fühlt sich durch diese Entwicklungen belastet.



ELTERN IM HAMSTERRAD ZWISCHEN ARBEIT UND KINDERBETREUUNG

Für Oberösterreicher/-innen mit Kindern im Haushalt kam durch die Pandemie noch die Herausforderung der Vereinbarkeit hinzu: Mehr als die Hälfte der Eltern (54 Prozent) war durch das zeitgleiche Arbeiten und Betreuen der Kinder während der (Teil-)Lockdowns sehr oder ziemlich stark belastet. 36 Prozent der Arbeiter/-innen gaben Unterstützungsbedarf bei der Kinderbetreuung an.

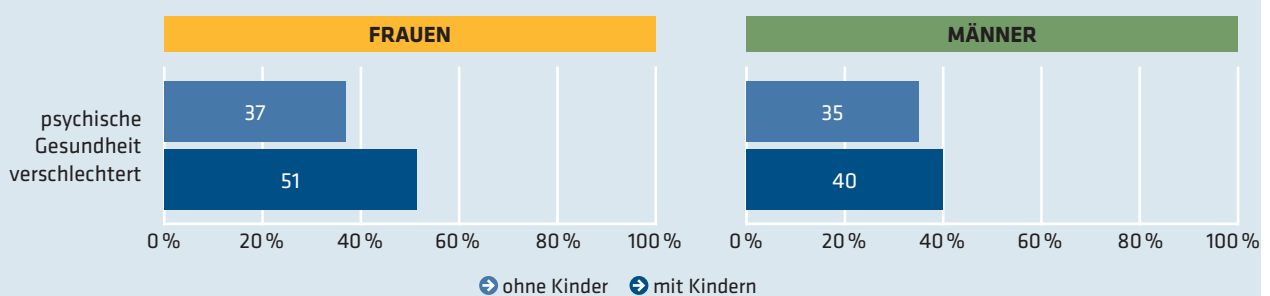
Kinderbetreuung zu Hause ist offensichtlich immer noch primär Sache der Frauen. Die ungleich verteilte Sorgearbeit führte dazu, dass es der Hälfte der Mütter mit Kindern im Haushalt (51 Prozent) psychisch schlechter ging, während dies auf 40 Prozent der Väter zutraf. Durch die Kinderbetreuung zu Hause waren rund 22 Prozent der Frauen einer hohen Belastung ausgesetzt, im Vergleich nur 10 Prozent der Männer. Dazu die Aussage einer Befragten aus der Studie:

„Es wäre wichtig, dass die Kinder in den Schulen unterrichtet werden.“

(befragter Elternteil)



VERSCHLECHTERUNG DER PSYCHISCHEN GESUNDHEIT ENTLANG GESCHLECHT & HAUSHALTSZUSAMMENSETZUNG



AK Grafik; Quelle: SORA Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher/-innen während der Pandemie“, Mai 2022. Befragung von 1.221 Oberösterreichern/-innen ab 16 Jahren im März 2022.

158.000 ERWERBSTÄTIGE BRAUCHEN MEHR UNTERSTÜTZUNG

Ein Fünftel der Befragten hatte Bedarf an Hilfe in finanziellen (20 Prozent) sowie in psychischen Belangen (18 Prozent). Unter den Arbeitnehmern/-innen haben laut der Studie 158.000 Menschen in Oberösterreich (20 Prozent) Unterstützungsbedarf in Hinblick auf die psychische Gesundheit.

Unter den Beschäftigten stechen insbesondere die Arbeiter/-innen hervor, von denen bereits 30 Prozent Unterstützungsbedarf im psychischen Bereich haben. Von Unterstützungsbedarf in finanziellen Belangen berichteten unter den Arbeitnehmern/-innen 22 Prozent, darunter sind mit 37 Prozent die

Arbeiter/-innen erneut deutlich stärker betroffen.

Aber auch arbeitslose Oberösterreicher/-innen betonen die Notwendigkeit von finanzieller Hilfe und hätten sich weniger Druck vonseiten des AMS gewünscht. Den Beschäftigten in systemrelevanten Berufen hätten wiederum ernstgemeinte Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen geholfen: „echte Wertschätzung in der Arbeit, kein Klatschen“, „planbare freie Tage, wo man nicht einspringen muss“, waren etwa Aussagen von Studienteilnehmern/-innen.

MENSCHEN MIT GERINGEN EINKOMMEN SIND BESONDERS BETROFFEN

Die Studie zeigt deutlich auf, dass das Ausmaß psychischer Belastung in Krisensituationen eine Frage finanzieller Ressourcen ist. Im unteren ökonomischen Drittel gaben 52 Prozent an, eine Beeinträchtigung ihrer psychischen Gesundheit wahrgenommen zu haben. Im oberen ökonomischen Drittel trifft dies nur auf 22 Prozent zu.

Zudem hat sich die finanzielle Lage vor allem bei jenen verschärft, die schon vor der Covid-Pandemie mit geringen finanziellen Mitteln auskommen mussten. 56 Prozent der Menschen, die finanziell ohnehin schon keine Reserven hatten, berichten von einer weiteren Verschlechterung ihrer finanziellen Situation. Im Vergleich trifft dies nur auf zehn Prozent der gut situierten Oberösterreicher/-

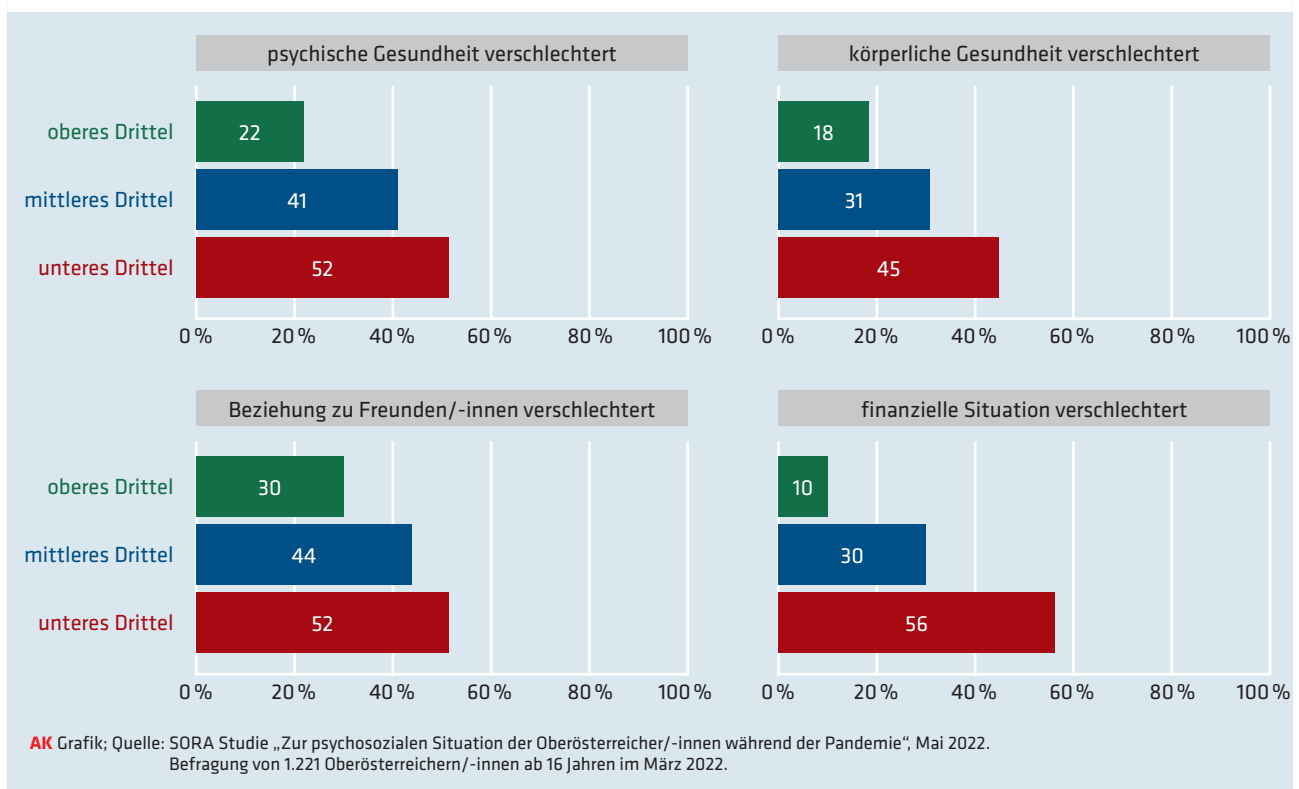
-innen zu. Auch im mittleren ökonomischen Drittel berichten 30 Prozent der Menschen, dass ihre finanzielle Situation nun schlechter sei. Die Pandemie hat in Oberösterreich bereits zuvor bestehende Ungleichheiten nicht nur fortgesetzt, sondern verstärkt, wobei der Mittelstand zu erodieren droht. Die aktuell steigenden Preise kommen jetzt noch hinzu. Allein von Jahresbeginn bis September hat sich das allgemeine Preisniveau im Vergleich zum Vorjahr um rund acht Prozent erhöht. Und die Teuerung beim Wocheneinkauf („Mini-Warenkorb“), der neben Lebensmitteln etwa auch Treibstoff enthält, ist mit rund 15 Prozent fast doppelt so stark. Das trifft Menschen im unteren ökonomischen Drittel besonders hart.

POLITIKVERSAGEN BEI SCHUTZ VOR FINANZIELLEN UND GESUNDHEITLICHEN AUSWIRKUNGEN

Zentral ist dabei, dass viele Menschen im unteren ökonomischen Drittel häufig in systemrelevanten Berufen arbeiten, in denen sowohl eine hohe Arbeitsbelastung als auch geringe Einkommen herrschen (Reinigung, Lieferdienste, Pflege oder Lebensmittel-

handel). Somit erfährt diese Gruppe eine Belastung auf mehreren Ebenen, die sich mangels professioneller Unterstützung zu einer Abwärtsspirale von sich wiederholenden Krankenständen bis zur anhaltenden Arbeitsunfähigkeit entwickeln kann.

VERSCHLECHTERUNG DER PSYCHOSOZIALEN GESUNDHEIT ENTLANG ÖKONOMISCHER RESSOURCEN



Beinahe ein Drittel (29 Prozent) der Menschen mit geringen finanziellen Mitteln musste mit Suizidgedanken an zumindest einzelnen Tagen in den Wochen vor der Umfrage kämpfen. Im Vergleich dazu sind es im mittleren ökonomischen Drittel 22 Prozent und im oberen Drittel 12 Prozent. Angesichts der dramatischen gesundheit-

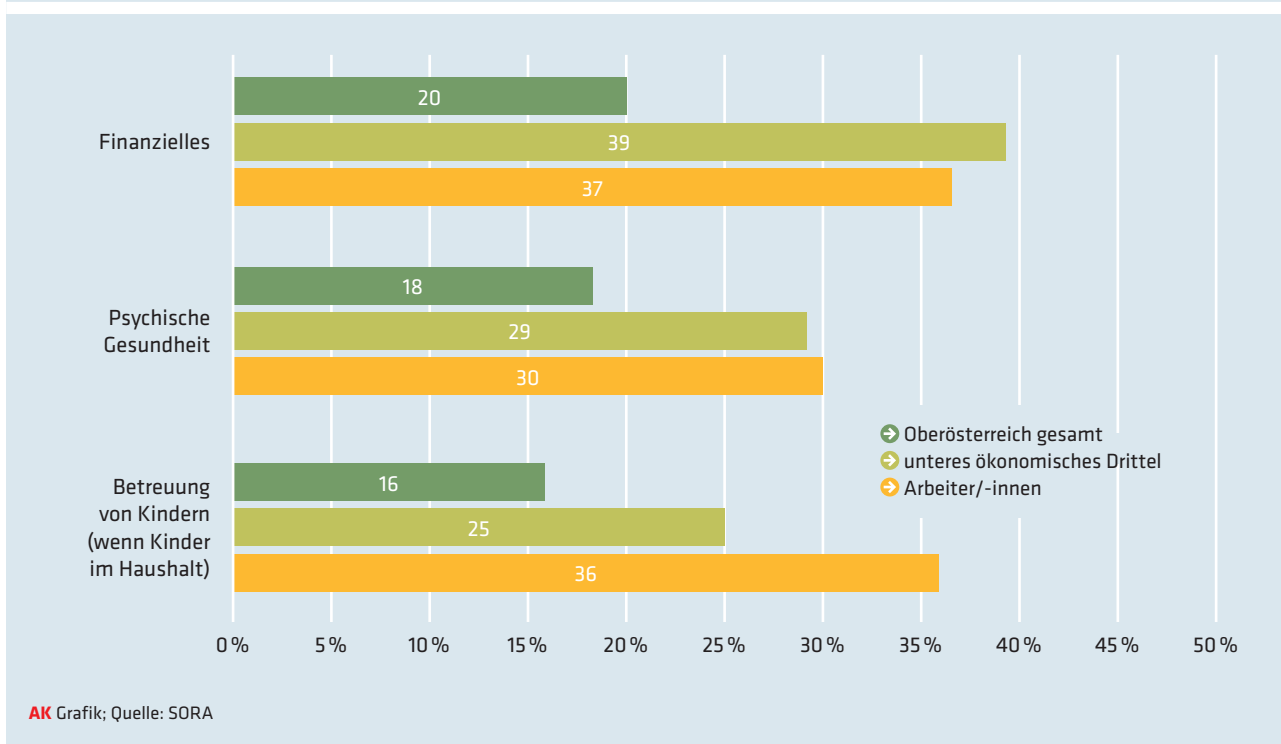
lichen und finanziellen Auswirkungen ist es wenig überraschend, dass Oberösterreicher/-innen im unteren ökonomischen Drittel ein klares Politikversagen in Bezug auf die Pandemie verorten. Rund drei Viertel (74 Prozent) sahen ihre Bedürfnisse bei den politischen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung kaum oder gar nicht berücksichtigt.

MEHR UNTERSTÜTZUNG VON MENSCHEN MIT GERINGEM EINKOMMEN DRINGEND NOTWENDIG

Rund zwei Drittel der Oberösterreicher/-innen mit geringen Einkommen berichteten von einem sehr oder eher großen Unterstützungsbedarf in zumindest einem Lebensbereich. Insbesondere bei finanziellen Belangen wünschten die Menschen mit geringen

finanziellen Mitteln in der bestehenden Lage Unterstützung (39 Prozent). Auch der Unterstützungsbedarf bezüglich körperlicher (32 Prozent) und psychischer (29 Prozent) Gesundheit ist bei diesem Drittel sehr hoch einzustufen.

UNTERSTÜTZUNGSBEDARF IN STARK BETROFFENEN GRUPPEN



Umso erschreckender ist, dass insgesamt 37 Prozent der Menschen im unteren ökonomischen Drittel Unterstützung gebraucht hätten, aber diese nicht in Anspruch genom-

men haben oder nehmen konnten. Das größte Hindernis stellen für diese Gruppe die hohen Kosten dar.

POLITIK IST BEI AUSBAU VON KOSTENLOSER, PSYCHOSOZIALER VERSORGUNG SÄUMIG

Die Statistik Austria berichtete bezüglich der „Stationären psychischen Akutversorgung in Österreich“ bereits 2019, dass der Bedarf an Krankenhausbetten in psychiatrischen Abteilungen das bestehende Angebot weit überstiegen hat. Die Engpässe, die bereits vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie bestanden haben, haben sich seitdem durch den enormen Anstieg psychischer Beschwerden und von Personalengpässen in der Krankenversorgung entsprechend verschärft. In Reaktion darauf erfolgte im September 2022 der Spatenstich für ein Psychiatrisches Versorgungszentrum am Neuromed Campus in Linz.

Auch im niedergelassenen Bereich zeigt sich ein ähnliches Bild. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, hat die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) zwar einen Ausbau um zusätzliche 300.000 Stunden beschlossen. Dieser neue Maßnahmenplan der ÖGK soll zeitnah eine bundesweite Versorgung von 1,23 Prozent der Anspruchsberechtigten (88.662) mit psychotherapeutischen Sachleistungen sicherstellen (derzeit 0,95 Prozent bzw. 68.262 Anspruchsberechtigte). Zeitgerechte Unterstützung ist dadurch aber bei weitem nicht für alle Hilfesuchenden gewährleistet. Und nicht alle, die übrig bleiben, können sich Wahltherapeuten/-innen leisten. Die Zuschüsse der Krankenkasse machen nur ungefähr 25 Prozent der Kosten aus und sind demnach zu gering. Das führt im Ergebnis zu einer systematischen Unterversorgung aller Personen, die es ohnehin schon aufgrund ihrer sozioökonomischen Verhältnisse (geringer Lohn, kein Arbeitsplatz) schwer haben und läuft unserem solidarischen Sozialversicherungssystem zuwider.

Die Studienergebnisse zeigen klar: Viele junge Menschen in Ausbildung, Arbeitnehmer/-innen und Eltern, insbesondere Alleinerzieher/-innen, hätten Unterstützung benötigt, haben sie aber oft nicht erhalten. Rund 40 Prozent dieser Menschen gaben an, dass die Inanspruchnahme von Hilfe primär an fehlenden Informationen gescheitert ist. Jede/-r Fünfte mit Unterstützungsbedarf meinte, für sie/ihn seien die Angebote schlichtweg nicht

leistbar. Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen sind demnach von der Beschränkung der Anzahl an kassenfinanzierter Psychotherapie besonders betroffen.

Im Rahmen der mit 13 Millionen Euro dotierten Initiative „Gesund aus der Krise“ soll das Geld für die psychosoziale Versorgung von jungen Menschen und von Frauen aufgewendet werden. Abgesehen davon, dass sich die Frage stellt, wie die Versorgung der anderen Personengruppen sichergestellt werden soll, wird dieses Angebot nur rund 7.500 Kindern und Frauen österreichweit helfen und wird daher wohl allein nicht ausreichen.



LÖSUNGSANSÄTZE DER ARBEITERKAMMER OBERÖSTERREICH

Der Auftrag an den Bund und an das Land Oberösterreich ist klar: Es muss Investitionen in unseren Sozialstaat für gesündere Lebensbedingungen geben. Wichtig aus Sicht der AK sind die folgenden Maßnahmen:

- ▶ **Kostenlose psychosoziale Angebote müssen flächendeckend massiv ausgebaut werden.** Die Versorgung aller psychisch belasteten und kranken Menschen muss stationär und ambulant sichergestellt werden. Psychotherapie und Sozialarbeit vor Ort sind schnellstmöglich flächendeckend einzurichten. Die Abrechnung für erstere soll, wie bei der Behandlung körperlicher Erkrankungen, über die Sozialversicherung erfolgen. Bei der Finanzierung des Angebotsausbaus braucht es namhafte Investitionen von Bund und Land Oberösterreich.
- ▶ **Niederschwellig nutzbare, gut beworbene Beratungsstellen,** die an alle vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten vermittelt und Betroffene gut informiert.
- ▶ **Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zur achten Schulstufe.** Die Mehrbelastung der Frauen durch Kinderbetreuung verdeutlicht, dass es einen dringenden Ausbaubedarf bei institutionellen Betreuungseinrichtungen, vor allem in ländlichen Gemeinden, gibt. Der Betrieb aller Kinderbetreuungseinrichtungen ist auch in Pandemiezeiten sicherzustellen.
- ▶ **Eine Rücknahme der Elternbeiträge in der Nachmittagsbetreuung in Kindergärten ist nötig.** Damit schaffen wir eine Entlastung der Eltern und können die Frauenerwerbsquote anheben.
- ▶ **Die Sozialleistungen müssen existenzsichernd gestaltet werden, um finanzielle Sorgen wirksam nehmen und ein Abrutschen in weitere Problemlagen (Privatkonkurs, Suchtmittelmissbrauch) verhindern zu können.** Notwendig ist eine Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld von 55 auf mindestens 70 Prozent.
- ▶ **Das Land OÖ muss endlich die Sozialhilfe armutsfest machen.** Richtsätze sollen an die Armutgefährdungsschwelle in der Höhe von 1.371 Euro herangeführt werden.
- ▶ **Intensive Unterstützung von Lehrlingen.** Vielen war durch die Lockdown-Unterbrechungen kaum ein Lernen im Betrieb möglich. Gerade für sie braucht es mehr Unterstützungsangebote für eine optimale Vorbereitung auf die Lehrabschlussprüfung. Außerdem ist die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene in überbetrieblichen Lehrausbildungen zurückzunehmen.
- ▶ **Qualitätssicherung in der dualen Lehrausbildung.** Die betriebliche Lehrstellenförderung muss umgestaltet werden: weg von der Gießkanne hin zu einer Förderung von Betrieben, die sozial benachteiligten Jugendlichen eine Chance geben, niedrige Lehrabbruchsquoten haben und qualitativvoll ausbilden.
- ▶ **Schüler/-innen benötigen mehr Mitspracherecht und psychosoziale Unterstützung vor Ort.** Zusätzliche finanzielle Mittel, um dies institutionell sicherzustellen – am besten verteilt nach dem AK-Chancenindex, wonach Schulen mit besonderen Bedürfnissen auch mehr Budget bekämen – sind nötig.



DIE ARBEITERKAMMER IN LINZ UND DEN BEZIRKEN

Beratung, Vertretung und Einsatz für Ihre Interessen

AK Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Tel: +43 (0)50 6906

AK Braunau, Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau, Tel: +43 (0)50 6906-4111

AK Eferding, Unterer Graben 5, 4070 Eferding, Tel: +43 (0)50 6906-4211

AK Freistadt, Zemannstraße 14, 4240 Freistadt, Tel: +43 (0)50 6906-4312

AK Gmunden, Herakhstraße 15b, 4810 Gmunden, Tel: +43 (0)50 6906-4412

AK Grieskirchen, Manglburg 22, 4710 Grieskirchen, Tel: +43 (0)50 6906-4511

AK Kirchdorf, Sengsschmiedstraße 6, 4560 Kirchdorf, Tel: +43 (0)50 6906-4611

AK Linz-Land, Kremstalstraße 6, 4050 Traun, Tel: +43 (0)50 6906-5611

AK Perg, Hinterbachweg 3, 4320 Perg, Tel: +43 (0)50 6906-4711

AK Ried, Peter-Rosegger-Straße 26, 4910 Ried im Innkreis, Tel: +43 (0)50 6906-4813

AK Rohrbach, Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach, Tel: +43 (0)50 6906-4912

AK Schärding, Schulstraße 4, 4780 Schärding, Tel: +43 (0)50 6906-5011

AK Steyr, Redtenbachergasse 1a, 4400 Steyr, Tel: +43 (0)50 6906-5116

AK Vöcklabruck, Ferdinand-Öttl-Str. 19, 4840 Vöcklabruck, Tel: +43 (0)50 6906-5217

AK Wels, Roseggerstraße 8, 4600 Wels, Tel: +43 (0)50 6906-5318